Merseburger Kurier

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Die Zeit im Bild, in häuslichen Herd
mit dem modernen Bild, die häuslichen Herd
die neuesten Bilder, die häuslichen Herd
die neuesten Bilder, die häuslichen Herd

Abonnementpreis für den achtzehnjährigen Kalendermonat 10 Pfennig
in Reklamezeit 40 Pfennig; für Geschäftsleute und Redaktionen 20 Pfennig
Wochensatz 2 Pfennig
Einzelhefte 10 Pfennig
Abonnementpreis für den achtzehnjährigen Kalendermonat 10 Pfennig
in Reklamezeit 40 Pfennig; für Geschäftsleute und Redaktionen 20 Pfennig
Wochensatz 2 Pfennig
Einzelhefte 10 Pfennig

Nr. 303

Dienstag, den 29. Dezember 1925

52. Jahrgang

Sparfamkeit

Das Thema Sparfamkeit wird nicht eben selten abgehandelt. Der Mut nach Sparfamkeit erschall überall, in den Parlamenten wird diese Sparfamkeit immer wieder gefordert, genau wie etwa in der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Die Beratung des Haushaltsplans für 1926 im Reichstag hat auch erneut gezeigt, wie notwendig diese Sparfamkeit ist, soll doch Deutschland im Haushaltsjahr 1926 allein eine Reparationsleistung von 1300 Millionen Reichsmark aufbringen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Reparationslasten in den nächsten Jahren noch ansteigen, es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß die Belastung der Wirtschaft mit Steuern und sonstigen Kosten eine Erhöhung nicht mehr vertragen, ist doch die Steuerlast seit der Vorkriegszeit um mehr als das Doppelte angelegen. Der bisher beschrittene Weg, daß fast alle Parolen ausnahmslos immer wieder Ausgaben bewilligen, kann also unter keinen Umständen fortgesetzt werden. Das Programm Sparfamkeit muß endlich einmal in die Tat umgesetzt werden. Sehr zur Zeit beschäftigt sich nun mit diesem Thema in der Zeitschrift „Deutsche Einheit“ Dr. Hermann F a h n i e. Auch er beruht darauf, daß die Parlamentarier widerhalten von Worten über die Armut, daß aber im Reichstag nichts geschieht, um die Ausgaben des Staates zu beschränken. Das ist nicht immer neue Aufgaben von den Parlamenten bewilligt werden. Nachdem, mit dessen Ausführungen man vielleicht nicht in allen Einzelheiten übereinstimmen vermag, fordert nicht mit Unrecht, daß die Parlamente zunächst einmal mit der Sparfamkeit im eigenen Hause beginnen.

„Auch immer“, so sagt Fahnies, „sind es 22 Volksvertretungen und 22 Regierungen mit einer Überzahl von Personen und mit einem Übermaß an Apparaten. Davon zählt der Preussische Landtag für sich allein 450 Mitglieder, während 200 genügt wären. Der Reichstag, der für ein größeres Gebiet mit 397 Abgeordneten ausreicht, hat auf 493 angewachsen. Dazu tritt noch mit weit über 300 Vertretern der Reichsräte, deren ersten Kreislagerherrschaft mit guten Gründen angeschlossen werden kann. Die mit der parlamentarischen Epochenperiode verbundenen Gehaltsfragen gehen in die Millionen.

Besonders in der Bemessung der Diäten legte man sich wenig Anhang auf. Es höher dieser Betrag, desto annehmbarer nicht nur für die damit verbundenen Ausgaben, sondern auch für die Partei. Es ist daher gefordert, daß die Parteien, aus die der Kommunisten, aus Mitteln der Steuerzahler gespeist werden. Das geschieht so, die Parteien erheben von den Diäten monatliche Procente, die sich eben deshalb vermindern lassen, weil die Grundsumme, ein Viertel des Mittelvermögens, so hoch angewachsen ist, und gegenwärtig nahezu das Dreifache des ursprünglichen Wertes ausmacht.

Aber auch in der Verwaltung ist trotz aller hochschwebenden Bemühungen des Herrn Seemich nichts Durchgreifendes zur Verringerung der Ausgaben geschehen. Wir zählen im Reich immer noch 10, in Preußen 8 Ministerien, von den kleinen Staaten ganz zu schweigen. Nicht einmal in der Finanzverwaltung zeigt sich ein fruchtiger Zug zur Sparfamkeit. 22 Steuerverwaltungen neben der Reichssteuerverwaltung! Das Reich hat die Verwaltung der Einkommen, Körperschafts- und Erbschaftsteuer, ebenso eines großen Teils der Verkehrs- und der Verbrauchssteuer. Der preussische Steuerverordnungs unterliegen die Grundsteuer, Grundvermögen- und Gemeindefiskal, endlich der den letzten vier Jahren beherrschenden Gewerbesteuer. Die dritte Steuerverwaltungsinstanz bilden die Gemeinden. Der preussische Finanzminister selbst muß anerkennen, daß dieses System äußerlich verwickelt ist und zu recht vielen Auswüchsen führt. Das landwirtschaftliche Vermögen wird vom Finanzamt für die Reichsvermögenssteuer veranlagt, aber, da es Grundvermögen ist, gleichzeitig für die preussische Grundvermögenssteuer vom Katasteramt. Das gewerbliche Vermögen wird vom Finanzamt für die Reichsvermögenssteuer veranlagt und gleichzeitig als Gewerbesteuer dem Gewerbesteueramt. Zum gewerblichen Vermögen gehört aber auch Grundvermögen, das im Katasteramt steht, und durch das Katasteramt veranlagt wird. Das gewerbliche Einkommen wird für die Einkommen- und Körperschaftssteuer dem Finanzamt veranlagt, als Gewerbesteuer aber durch die Gewerbesteuerämter. Der Katasteramt wird für die Vermögenssteuer vom Finanzamt, als Grundvermögen vom Katasteramt veranlagt, und dann prüft noch das Gemeindefiskusamt den Wert des Hausbesitzes.“

Mit diesen Ausführungen Fahnies ist zweifellos eine sehr wunde Stelle berührt. Es muß immer wieder gefordert werden, daß die Parlamente diesen Dingen eine größere Aufmerksamkeit zuwenden und daß die Abgeordneten in der Bewilligungsbefugnis, die ihnen hinsichtlich der Ausgaben, die das Parlament betreffen, wie all jener Anforderungen, die von bestimmten Kreisen und Verbänden gestellt werden, sich größere Zurückhaltung auferlegen. Gerade in diesen Zeiten mit der Mut zur Unpopularität dringend auf. Sparfamkeit ist gewiß nicht erfreulich, aber zweifellos nicht zu umgehen, wenn das Reich und seine Finanzen gelindert werden sollen.

Wann entscheidet sich die Regierungskrise?

In der Innenpolitik halten man die Weihnachtsferien nach an, und es ist auch nicht anzunehmen, daß vor dem 7. Januar, dem Tage, an dem der Reichstag aus seinem Erholungsurlaub zurückkehren wird, irgendwelche Schritte durch den Reichspräsidenten in der Frage der Regierungsbildung unternommen werden. In demokratischen Kreisen wie in Zentrumskreisen betont man aber auch weiterhin mit allem Nachdruck, daß die einzige Möglichkeit, die Regierungskrise verbindlich zu beenden, in der Bildung einer Regierung der Großen Koalition liegt. Für diese Bildung hat sich erst jetzt wieder der frühere Reichskanzler Marx ausgesprochen und ebenso kommt diese Auffassung des Zentrums mit aller Deutlichkeit in einem Briefe zum Ausdruck, den Ministerialdirektor a. D. Dr. Spieder in „Berliner Börsen-Courier“ veröffentlicht, und in dem betont wird, daß das heutige Volk endlich eine stabile Regierung wolle, die nur die Große Koalition bilden könne. Dr. Spieder tritt daher auch dafür ein, daß der im Dezember unternommene Versuch wiederholt wird und betont, daß der Demokratenführer Koch als Kanzlerkandidat nicht persönlich geachtet sei und deshalb im Januar seinen Versuch erneuern müsse. Ganz ähnlich wird die Lage auch in demokratischen Kreisen beurteilt, so erklärt beispielsweise der Senator Stubmann, daß die Wiederholung der von Koch geführten Verhandlungen nach dem Reichstagesende dringend nötig sei. Es bedarf auch eines anderen Volkes die Führung habe, sei an und für sich gleichgültig, obwohl die Vorarbeiten Kochs dabei unentbehrlich sind. Wenn eben Koch nicht aber der Versuch wiederholt werden, „dann es ist unerträglich, zu denken, daß eine Parlamentarismus, die für die Romantiker von Sacconi innen und außen verantwortlich ist, unfähig sein sollte, sich nunmehr auch in praktischer Arbeit zu bewähren. Das Abwenden dieser Mehrheits zugunsten eines Dementabstimmens wäre eine Entwürdigung der Republik ebenso wie der Sacconi-Vollzug.“ Die Frage stellt nur, welchen Einbruch diese Stellungnahme der beiden Parteien, die beraten wären, nach dem Großen Koalition zu bilden, auf die Sozialdemokraten machen wird. Spezialbedürfnisse der sozialdemokratischen Presse über sozialdemokratische Führer, aus denen geschlossen werden konnte, daß die Sozialdemokraten von dem oben erwähnten Standpunkt abgewandt hat, seien bislang nicht vor. Theodor Wolff bemerkt in „Berliner Tageblatt“ beim auch die Zeit „zwischen den Heften“, um der Sozialdemokraten noch einmal die Folgen ihrer Verantwortungslosigkeiten vor Augen zu führen. Seine Neujaahrswünsche für die Sozialdemokraten gipfeln darin, daß die Sozialdemokratie nicht in phlegmatische Schwermüdigkeit verfallen und nicht bei der Betrachtung ihrer Lebensfälle allzu selbstverleugend verfallen und sich nicht mit dem alten Spruch einer Maßnahme begnügen möge, das doch auch nach Ansicht der Wähler durch die Zeit fruchtbar gemacht werden soll. An Einmütigkeiten fehlt es also sicherlich nicht, wie denn auch anzunehmen ist, daß es nicht bei diesen Äußerungen allein bleiben wird, doch bleibt zunächst die Frage offen, ob man in der Sozialdemokratie das neue Recht mit einer glücklicheren Politik einleiten konnte, als man das alte Jahr mit der Ablehnung der Großen Koalition beendete.

Rückkehr des Reichskanzlers am 7. Januar
Reichskanzler Dr. Brücker hat sich auf eine kurze Erholungsreise begeben und wird laut „Kauflager Nachrichten“ am 7. Januar wieder nach Berlin zurückkehren. Das Blatt nimmt an, daß er dann mit der Regierungsbildung betraut werden wird.

Die Arbeitslosigkeit der Reichspräsidenten.
Nach der Mitteilung der „Kauflager Zeitung“ ist beschäftigt, die Reichspräsidenten von Hindenburg in die betrieblichen rüstigen Betriebe, die in den Monat Februar fallen dürften, nach Möglichkeit einzuführen. Bei den nachgehenden rüstigen Behörden, die ein Programm für die Reise und die damit verbundenen Vorbereitungen vorbereiten, befehlt eine Berliner Korrespondenz zufolge angelehnt der ersten wirtschaftlichen Lage die Wirtschaft, die Veranlassung für die Arbeitslosigkeit notwendig werden. Von den Mitteln, die freien Arbeitskräften, denen der Reichspräsident betriebligen Arbeitsplätze nur für Köln und Bonn geplant.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Berlin, 29. Dez. (M.F.). In der Öffentlichkeit ist in den letzten Tagen verächtlich von einem 10 Millionenfonds gesprochen worden, der namentlich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgeteilt werden sollte. Damit hat es, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, folgende Bedeutung:
Der Reichsarbeitsminister kann zur Unterstützung von Maßnahmen, die geeignet sind, den Abbau der Erwerbslosenziffer zu erleichtern, die Erwerbslosen zur Beschaffung von Arbeitsplätzen in die Erwerbslosen Vorarbeiten oder Hilfsarbeiten aus Reichsmitteln zu bewilligen. In diesem Zweck werden ihm in jedem Monatsumsatz bestimmte Mittel zur Verfügung gestellt. Sie werden in erster Linie an Schulen für berufliche Fortbildungszwecke verwendet. Von den Mitteln, die nach dem Haushaltsplan 1926 für die berufliche Erwerbslosenziffer bereitgestellt sind, ein erheblicher Teil schon im Laufe des Monats Dezember verausgabt worden. Die noch vorhandenen Mittel sollen unter anderem für den Beschäftigung der Erwerbslosen verwendet werden, die besonders unter Erwerbslosigkeit zu leiden haben und die zur beschleunigten Einleitung weiterer Maßnahmen beitragen können. Die Veranlassung der Reichsmittel liegt darin, daß die Länder den gleichen Betrag für die berufliche Erwerbslosigkeit verwenden. Die Mittel, die damit in diesem Jahr zur Verfügung stehen, reichen zweifellos aus, um die Notlage der Arbeitslosen lindern zu können.

„Der Berliner Tageblatt“ hat nach der letzten Sitzung 557 000 Personen im unbedeutendsten Erwerbslosenziffer im Reich 1925. Nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministers ist im Verlauf der letzten Wochen die Zahl der Erwerbslosen um über 40 000 Personen gestiegen. Einzelne Gemeinden erheben sogar eine Arbeitslosensteuer. Die Zahl der Arbeitslosen im Reich hat sich im Dezember 1925 auf 1 020 000 Personen erhöht. Es ist das Doppelte der Zahl von Anfang November.

Deutschland und der Völkerverbund

In letzter Zeit wird die Frage der Vertretung Deutschlands im Völkerverbund vielfach erörtert, wobei verschiedene Namen, besonders häufig der Völkerverbund, als Kandidat für die Vertretung Deutschlands beim Völkerverbund genannt werden. Es handelt sich hierbei jedoch um Kombinationen, irgendeine Entscheidung über die Vertretung Deutschlands im Völkerverbund ist noch nicht erfolgt. Es ist auch vorweg zu sagen, daß die Vertretung Deutschlands im Völkerverbund ein Ziel ist, das sich nicht ohne weiteres verwirklichen lassen wird. In dem großen Völkerverbund sind es nicht die Völkerverbund, die die Vertretung Deutschlands im Völkerverbund vorantreiben werden, sondern die Völkerverbund, die die Vertretung Deutschlands im Völkerverbund vorantreiben werden. Es ist anzunehmen, daß Deutschland sich diesem Völkerverbund anschließen wird, und daß der deutsche Völkerverbund in dem Völkerverbund vertreten wird. Wenn das Reich betreten wird, dann werden die verschiedenen Kombinationen über einen Kandidaten für die Vertretung Deutschlands im Völkerverbund hinfällig.

Die Pariser Luftfahrtverbände

Paris, 29. Dez. (M.F.). Die Kammer ist gestern nachmittags in der Absicht zusammengetreten, das gesamte Budget noch zu verabschieden. In der Nachmittagssitzung wurde das Arbeitsbudget behandelt. Die Kammer beschloß, dem mit 210 gegen 205 Stimmen, heute abend um 9 1/2 Uhr eine Resolution zu fassen. Die endgültige Entscheidung über die Finanzprojekte Domeres wird in den morgen zusammengetretenen Ministerrat fallen. Man glaubt, daß Domeres sich nicht an Budgetveränderungen an die Gegner bezüglich der Verabschiedung der Umwälzung entschließen kann. Tatsache ist, daß im Ministerrat die Klänge Domeres noch in der Mehrheit waren. Es fragt sich nun, was die Reaktionen sind, die von der Erklärung der Umwälzung unter seinen Umständen etwas mehr wollen, zu tun geben, wenn sie morgen in die Ministerien verlegt werden. Die Lage wird noch komplizierter dadurch, daß eine Vermeidung des Finanzprogramms der dem Völkerverbund mit dem Budget Domeres ist nur mit ausbleiben ist. Während die Finanzprojekte Domeres folgende sind:
1. Aufnahme der noch unter dem Amtseid Domeres von der Kammer angenommenen drei Milliarden neuer Steuern in das Budget 1926.
2. Erhöhung der Zehntsteuer, wodurch 700 bis 800 Millionen eingebracht werden sollen.
3. eine neue Taxe für den Export und
4. Erhöhung und teilweise Verdoppelung der Einkommensteuer. — Die Völkerverbund sind insofern im Vorteil, gegenüber dem Finanzamt, als die Finanzkommission der Kammer sich überwiegend aus Parteimitgliedern zusammensetzt und Domeres bemerkt, wenn er nicht im letzten Augenblick entscheidet, sich für die unterliegenden der Kammer, wird Domeres nicht mit ausbleiben. Der Völkerverbund ist insofern im Vorteil, als die Finanzkommission in dem Augenblick, als die Finanzprojekte Domeres in die Öffentlichkeit kommen, sich für die unterliegenden der Kammer, wird Domeres nicht mit ausbleiben. Der Völkerverbund ist insofern im Vorteil, als die Finanzkommission in dem Augenblick, als die Finanzprojekte Domeres in die Öffentlichkeit kommen, sich für die unterliegenden der Kammer, wird Domeres nicht mit ausbleiben.

Frankreichs Währungsstempel

Paris, 29. Dez. (M.F.). Die Kammer ist gestern nachmittags in der Absicht zusammengetreten, das gesamte Budget noch zu verabschieden. In der Nachmittagssitzung wurde das Arbeitsbudget behandelt. Die Kammer beschloß, dem mit 210 gegen 205 Stimmen, heute abend um 9 1/2 Uhr eine Resolution zu fassen. Die endgültige Entscheidung über die Finanzprojekte Domeres wird in den morgen zusammengetretenen Ministerrat fallen. Man glaubt, daß Domeres sich nicht an Budgetveränderungen an die Gegner bezüglich der Verabschiedung der Umwälzung entschließen kann. Tatsache ist, daß im Ministerrat die Klänge Domeres noch in der Mehrheit waren. Es fragt sich nun, was die Reaktionen sind, die von der Erklärung der Umwälzung unter seinen Umständen etwas mehr wollen, zu tun geben, wenn sie morgen in die Ministerien verlegt werden. Die Lage wird noch komplizierter dadurch, daß eine Vermeidung des Finanzprogramms der dem Völkerverbund mit dem Budget Domeres ist nur mit ausbleiben ist. Während die Finanzprojekte Domeres folgende sind:
1. Aufnahme der noch unter dem Amtseid Domeres von der Kammer angenommenen drei Milliarden neuer Steuern in das Budget 1926.
2. Erhöhung der Zehntsteuer, wodurch 700 bis 800 Millionen eingebracht werden sollen.
3. eine neue Taxe für den Export und
4. Erhöhung und teilweise Verdoppelung der Einkommensteuer. — Die Völkerverbund sind insofern im Vorteil, gegenüber dem Finanzamt, als die Finanzkommission der Kammer sich überwiegend aus Parteimitgliedern zusammensetzt und Domeres bemerkt, wenn er nicht im letzten Augenblick entscheidet, sich für die unterliegenden der Kammer, wird Domeres nicht mit ausbleiben. Der Völkerverbund ist insofern im Vorteil, als die Finanzkommission in dem Augenblick, als die Finanzprojekte Domeres in die Öffentlichkeit kommen, sich für die unterliegenden der Kammer, wird Domeres nicht mit ausbleiben.

Japan und China

London, 29. Dez. (M.F.). Wie aus Peking gemeldet wird, hat der chinesische Außenminister an den Vertreter des diplomatischen Corps gegen die Anwesenheit der Japaner in Wunden Einspruch erhoben.

Mussolini und Chamberlain

London, 29. Dez. (M.F.). Nach einer „Times“-Mitteilung aus Mailand reist Mussolini morgen Vormittag zu einer Unterredung mit Chamberlain nach Mailand. Dieser Vorgang wird, wegen der bevorstehenden italienisch-englischen Schuldenverhandlungen, große Bedeutung beigemessen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319251229-16/fragment/page=0009